



C(Extr.)/24/2

ORIGINAL: englisch

DATUM: 5. März 2007

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENÈVE

DER RAT

Vierundzwanzigste außerordentliche Tagung
Genf, 30. März 2007

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES SORTENSCHUTZGESETZES DER
PHILIPPINEN VON 2002 MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS**

Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Einführung

1. Mit Schreiben vom 2. November 2006 ersuchte Frau Lealyn A. Ramos, ehemalige amtierende Registerführerin, Sortenschutzamt, Landwirtschaftsministerium der Regierung der Philippinen (nachstehend die „Philippinen“), um Stellungnahme zur Vereinbarkeit des „Sortenschutzgesetzes der Philippinen von 2002“ (nachstehend „das Gesetz“), das am 7. Juni 2002 erlassen worden war und am 19. Juni 2002 in Kraft trat, mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend die „Akte von 1991“). Das Schreiben und das Gesetz sind in den Anlagen I und II dieses Dokuments wiedergegeben.

2. Die Philippinen haben die Akte von 1991 nicht unterzeichnet. Gemäß Artikel 34 Absatz 2 der Akte von 1991 haben sie daher eine Beitrittsurkunde zu hinterlegen, um auf der Grundlage der Akte von 1991 Vertragspartei zu werden. Gemäß Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 kann eine derartige Urkunde nur dann hinterlegt werden, wenn der betreffende Staat den Rat um Stellungnahme zur Vereinbarkeit seiner Rechtsvorschriften mit den Bestimmungen der Akte von 1991 ersucht hat und die Entscheidung des Rates, in der die Stellungnahme enthalten ist, positiv ausfällt.

Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen auf den Philippinen

3. Der Schutz neuer Pflanzensorten wird auf den Philippinen von dem Gesetz und den am 20. Februar 2003 gebilligten Durchführungsbestimmungen des Gesetzes geregelt. Eine Analyse des Gesetzes folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

4. Abschnitt 3 des Gesetzes enthält die Begriffsbestimmungen der im Gesetz verwendeten relevanten Begriffe. Insbesondere ist die Begriffsbestimmung der „Sorte“ mit der Begriffsbestimmung in Artikel 1 Nummer vi der Akte von 1991 vereinbar. Ferner ist die Begriffsbestimmung des „Züchters“ mit der Begriffsbestimmung in Artikel 1 Nummer iv der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

5. Abschnitt 2 des Gesetzes sieht vor, daß der Staat „die ausschließlichen Rechte der Züchter in bezug auf ihre neue Pflanzensorte [...] schützt und sicherstellt“. Vorbehaltlich der in diesem Dokument ausgewiesenen Abweichungen von der Akte von 1991 erfüllt das Gesetz die grundlegende Verpflichtung in Artikel 2 der Akte von 1991.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

6. Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991 schreibt vor, daß die Philippinen, wenn sie durch die Akte von 1991 gebunden werden, das Gesetz auf mindestens 15 Gattungen und Arten und nach Ablauf eines Zeitraums von zehn Jahren von dem Zeitpunkt an, zu dem die Philippinen durch die Akte von 1991 gebunden werden, auf alle Gattungen und Arten anwenden müssen. Abschnitt 3 i) des Gesetzes sieht vor: „Pflanze‘ umfaßt die Land- und die Wasserflora“.

7. Bei der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde müssen die Philippinen die Gattungen und Arten mitteilen, auf die sie die Bestimmungen der Akte von 1991 anwenden werden (Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 36 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991).

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

8. Der zweite Satz des Abschnitts 23 des Gesetzes enthält in Verbindung mit der Begriffsbestimmung „Ausländer“ in Abschnitt 22 des Gesetzes Bestimmungen über die Inländerbehandlung, die mit den Anforderungen des Artikels 4 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

9. Die Abschnitte 4 bis 8 des Gesetzes sehen den Großteil der Bestimmungen bezüglich der Schutzvoraussetzungen in den Artikeln 5 bis 9 der Akte von 1991 vor.

10. Eine redaktionelle Klarstellung wird in Abschnitt 5 b) des Gesetzes empfohlen, indem „in denen der Antrag eingereicht wurde“ gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Akte von 1991 gestrichen wird. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Einreichung von Anträgen in anderen Hoheitsgebieten die Neuheitsvoraussetzung auf den Philippinen nicht beeinträchtigt. Die in den Absätzen a) und b) des Abschnitts 5 des Gesetzes erwähnten Nachfristen beziehen sich beide auf Anträge, die auf den Philippinen eingereicht werden. Ausschlaggebend ist das Datum des Verkaufs oder der Abgabe an andere zum Zwecke der Auswertung der Sorte auf den Philippinen (Abschnitt 5 a) des Gesetzes) oder in einem anderen Hoheitsgebiet (Abschnitt 5 b) des Gesetzes).

11. Abschnitt 5 Absatz 2 des Gesetzes enthält Bestimmungen über eine Übergangsregelung für die Neuheit von Sorten, die vor kurzem gezüchtet wurden, die mit Artikel 6 Absatz 2 der Akte von 1991 vereinbar sind.

12. Abschnitt 6 des Gesetzes enthält die wesentlichen Bestimmungen bezüglich der Unterscheidbarkeitsvoraussetzung gemäß Artikel 7 der Akte von 1991. Im Gesetz wurden geringfügige Abweichungen von der Vertragsterminologie in Artikel 7 der Akte von 1991 festgestellt. Abschnitt 6 des Gesetzes sieht vor, daß „eine Sorte als unterscheidbar angesehen wird, wenn sie sich von jeder *allgemein bekannten Sorte* deutlich unterscheiden läßt“. Artikel 7 der Akte von 1991 sieht vor: „Die Sorte wird als unterscheidbar angesehen, wenn sie sich von jeder *anderen Sorte deutlich unterscheiden läßt, deren Vorhandensein am Tag der Einreichung des Antrags allgemein bekannt ist.*“ (verstärkte Betonung). Im zweiten Satz des Abschnitts 6 des Gesetzes ist „*öffentlich bekannt*“ als „*allgemein bekannt*“ zu verstehen (verstärkte Betonung).

13. Abschnitt 7 des Gesetzes enthält die Bestimmungen über die Homogenitätsvoraussetzung gemäß Artikel 8 der Akte von 1991.

14. Abschnitt 8 des Gesetzes enthält die Bestimmungen über die Beständigkeitsvoraussetzung gemäß Artikel 9 der Akte von 1991.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

15. Die Abschnitte 17 bis 27 und 29 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Einreichung von Anträgen gemäß Artikel 10 der Akte von 1991.

16. Der erste Satz des Abschnitts 27 des Gesetzes sieht vor: „Der Ausschuß verlangt vom Antragsteller, Auskünfte über die von ihm in anderen Ländern eingereichten Anträge, einschließlich aller damit verbundenen sachdienlichen Dokumente, zu erteilen. [...]“. Die über frühere Anträge verlangten Informationen sind so zu verstehen, daß sie zu Prüfungszwecken erteilt werden.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

17. Abschnitt 21 des Gesetzes enthält Bestimmungen über das Prioritätsrecht, die mit Artikel 11 Absätze 1 und 2 der Akte von 1991 vereinbar sind.

18. Der zweite Satz des Abschnitts 27 des Gesetzes weicht von den Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 3 der Akte von 1991 ab. Es wird empfohlen, den zweiten Satz des Artikels 27 des Gesetzes wie folgt zu ändern und den vorgeschlagenen Wortlaut in den Artikel 21 des Gesetzes aufzunehmen:

„[...] Hat der Antragsteller die Priorität gemäß diesem Gesetz erfolgreich beansprucht, steht ihm eine Frist von zwei (2) Jahren ~~vom Tag der Priorität an zur Verfügung, um die Anforderungen dieses Abschnitts zu erfüllen.~~ nach Ablauf der Prioritätsfrist oder, wenn der erste Antrag zurückgewiesen oder zurückgenommen wurde, eine angemessene Frist nach dieser Zurückweisung oder Zurücknahme zur Verfügung, um dem Ausschluß jede nach den Abschnitten 27 und 28 erforderliche Auskunft und Unterlage sowie das für Prüfungszwecke erforderliche Material vorzulegen.“

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

19. Die Abschnitte 27 und 28 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Prüfung des Antrags gemäß Artikel 12 der Akte von 1991.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

20. Abschnitt 42 des Gesetzes enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die mit Artikel 13 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

21. Die Abschnitte 36 bis 41 des Gesetzes enthalten die wesentlichen Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts im Einklang mit Artikel 14 Absätze 1, 2 und 5 der Akte von 1991.

22. Das Gesetz enthält nicht die freigestellte Bestimmung von Artikel 14 Absatz 3 der Akte von 1991 über „Handlungen in bezug auf bestimmte Erzeugnisse“. Diesbezüglich ist zu erwähnen, daß die Begriffsbestimmung des „Ernteguts“ nach Abschnitt 3 f) des Gesetzes verwirrend ist. „Erntegut“ wird definiert als „Teil einer Pflanze mit potentiell wirtschaftlichem Nutzen oder jedes Erzeugnis, das in bestimmten Fällen unmittelbar daraus hergestellt wird“. Erstens ist der Begriff „potentieller wirtschaftlicher Nutzen“ für den nach dem UPOV-Übereinkommen gewährten Schutz nicht relevant, und zweitens scheint der Hinweis auf „jedes Erzeugnis, das in bestimmten Fällen unmittelbar daraus hergestellt wird“ anzudeuten, daß der Gesetzgeber die Absicht hatte, die freigestellte Bestimmung im Zusammenhang mit unmittelbar aus dem Erntegut hergestelltem Material in den Inhalt des Züchterrechts einzubeziehen. Wenn dies der Fall wäre, wird empfohlen, die freigestellte Bestimmung nach Artikel 14 Absatz 3 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen, um die Rechtssicherheit bezüglich des Inhalts des Züchterrechts sicherzustellen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

23. Abschnitt 43 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Ausnahmen vom Sortenschutz. Um Artikel 15 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991 zu erfüllen, sollte folgendes in Abschnitt 43 a) des Gesetzes hinzugefügt werden: „Handlungen im privaten Bereich und zu nichtgewerblichen Zwecken“.

24. Abschnitt 43 b) des Gesetzes ist mit Artikel 15 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 vereinbar.

25. Abschnitt 43 c) des Gesetzes muß wie folgt ergänzt werden, um Artikel 15 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 in vollem Umfang zu erfüllen: „Handlungen zum Zweck der Schaffung neuer Sorten sowie in den Abschnitten 36 bis 38 erwähnte Handlungen mit diesen Sorten, es sei denn, daß die Abschnitte 39 und 40 Anwendung finden“.

26. Abschnitt 43 d) des Gesetzes enthält Bestimmungen, die von der Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 abweichen. Abschnitt 43 d) des Gesetzes wird zum besseren Verständnis wiedergegeben:

„Das Sortenschutzzertifikat erstreckt sich nicht auf:

[...]

d) das herkömmliche Recht der Kleinbauern, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse einer nach diesem Gesetz geschützten Sorte aufzubewahren, zu verwerten, zu tauschen, gemeinsam zu nutzen oder zu verkaufen, außer wenn ein Verkauf zum Zwecke der Vermehrung im Rahmen einer Vereinbarung über den gewerbsmäßigen Vertrieb erfolgt. Der Ausschuß bestimmt unter Berücksichtigung der Natur der gezüchteten, angebauten oder ausgesäten Pflanze die Bedingung, unter der diese Ausnahme gilt. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf den Tausch und den Verkauf von Saatgut unter und zwischen den betreffenden Kleinbauern, vorausgesetzt, daß die Kleinbauern Saatgut zur Vermehrung und erneuten Anpflanzung auf ihrem eigenen Land tauschen oder verkaufen können.“

27. In bezug auf den ersten Satz des Abschnitts 43 d) des Gesetzes würden, wenn der „Tausch, die gemeinsame Nutzung oder der Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse einer nach diesem Gesetz geschützten Sorte“ zum Zwecke der Vermehrung erfolgen, diese Handlungen in Widerspruch zu Artikel 14 Absatz 1 der Akte von 1991 Verletzungen des Züchterrechts darstellen, unabhängig davon, ob eine derartige Vermehrung im Rahmen oder außerhalb einer Vereinbarung über den gewerbsmäßigen Vertrieb erfolgt.

28. In bezug auf den dritten Satz in Abschnitt 43 d) des Gesetzes, würde der „Tausch und der Verkauf von Saatgut unter und zwischen den betreffenden Kleinbauern“ eine Verletzung des Züchterrechts darstellen (Artikel 14 Absatz 1 der Akte von 1991). Die Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 schreibt vor, daß eine derartige Ausnahme anzuwenden ist „in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters [...] in bezug auf jede Sorte [...], um es den Landwirten zu gestatten, Erntegut, das sie aus dem Anbau einer geschützten Sorte oder einer [...] Sorte *im eigenen Betrieb* gewonnen haben, *im eigenen Betrieb* zum Zwecke der Vermehrung zu verwenden“ (verstärkte Betonung). Der Tausch und der Verkauf von Saatgut unter und zwischen den betreffenden Kleinbauern auf ihrem eigenen Land, wie im dritten Satz des Abschnitts 43 d) des Gesetzes vorgesehen, gehen über die Ausnahme in Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 hinaus und

würden daher eine Verletzung des Züchterrechts darstellen (Artikel 14 Absatz 1 der Akte von 1991).

29. Um Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 zu erfüllen, wird empfohlen, Abschnitt 43 d) des Gesetzes zu ändern.

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

30. Abschnitt 44 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die mit Artikel 16 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

31. Die Abschnitte 57 bis 60 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über Zwangslizenzen.

32. Der Hinweis in der Einleitung des Abschnitts 57 des Gesetzes auf den Begriff des öffentlichen Interesses entspricht Artikel 17 Absatz 1 der Akte von 1991.

33. Abschnitt 58 c) des Gesetzes schreibt gemäß Artikel 17 Absatz 2 der Akte von 1991 vor, daß der Antragsteller „angemessene Lizenzgebühren“ an den Inhaber entrichtet.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

34. Artikel 18 der Akte von 1991 sieht vor:

„Das Züchterrecht ist unabhängig von den Maßnahmen, die eine Vertragspartei zur Regelung der Erzeugung, der Überwachung und des Vertriebs von Material von Sorten in ihrem Hoheitsgebiet sowie der Einfuhr oder Ausfuhr solchen Materials trifft. Derartige Maßnahmen dürfen jedoch die Anwendung dieses Übereinkommens nicht beeinträchtigen.“

35. Es wird auf Abschnitt 75 des Gesetzes über die „Beziehung zu anderen Gesetzen“ hingewiesen:

„Beziehung zu anderen Gesetzen. – *Die Auslegung der Bestimmungen dieses Gesetzes hebt die Wirksamkeit und die Anwendung des Gesetzes der Republik Nr. 8371, in anderer Hinsicht bekannt als Gesetz der Republik über die Rechte der indigenen Bevölkerung, Gesetz der Republik Nr. 9147, in anderer Hinsicht bekannt als Gesetz über die Erhaltung und den Schutz der Natur, Präsidialerlaß Nr. 1151, in anderer Hinsicht bekannt als Ausführungsverordnung Nr. 430 und Verwaltungsverordnung Nr. 8 über die Umweltpolitik der Philippinen, Serie 2002 der Durchführungsbestimmungen des Landwirtschaftsministeriums über die Einfuhr und die Freisetzung von Pflanzenerzeugnissen, die aus der Nutzung der Biotechnologie abgeleitet werden, nicht auf.*“ (verstärkte Betonung)

36. Um Artikel 18 der Akte von 1991 zu erfüllen, sollte die in Abschnitt 75 des Gesetzes erwähnte Anwendung der Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen die Anwendung der Bestimmungen der Akte von 1991 nicht beeinträchtigen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

37. Abschnitt 33 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die mit Artikel 19 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

38. Die Abschnitte 9 bis 16 des Gesetzes enthalten den Großteil der Bestimmungen über Sortenbezeichnungen des Artikels 20 der Akte von 1991.

39. Abschnitt 10 des Gesetzes weicht von den Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 2 der Akte von 1991 ab. Eine bereits eingetragene Bezeichnung einer Sorte könnte für eine andere Sorte eingetragen werden, wenn die Bezeichnung, wie von Artikel 20 Absatz 2 der Akte von 1991 vorgeschrieben, „nicht geeignet ist, hinsichtlich der Merkmale, des Wertes oder der Identität der Sorte oder der Identität des Züchters irrezuführen oder Verwechslungen hervorzurufen. Sie muß sich insbesondere von jeder Sortenbezeichnung unterscheiden, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eine bereits vorhandene Sorte derselben Pflanzenart oder einer verwandten Art kennzeichnet“.

40. Die Abweichung von Artikel 20 Absatz 2 der Akte von 1991 in Abschnitt 10 des Gesetzes kann zu einer unnötigen Zurückweisung der von Züchtern eingereichten Sortenbezeichnungen führen und die Erfüllung der Verpflichtung nach Artikel 20 Absatz 5 der Akte von 1991 (Abschnitt 14 des Gesetzes) erschweren, der vorsieht, daß in allen Verbandsmitgliedern dieselbe Bezeichnung eingetragen wird.

41. Um Artikel 20 Absatz 2 der Akte von 1991 zu erfüllen, wird empfohlen, den zweiten Satz von Abschnitt 9 sowie Abschnitt 12 des Gesetzes zu streichen und Abschnitt 10 des Gesetzes wie folgt zu ändern:

„Abschnitt 10. Prioritätsrecht in bezug auf die Bezeichnung. – Die Verwendung einer Bezeichnung wird einem Züchter nicht gestattet nicht eingetragen, wenn diese Bezeichnung geeignet ist, hinsichtlich der Merkmale, des Wertes oder der Identität der Sorte oder der Identität des Züchters irrezuführen oder Verwechslungen hervorzurufen. Sie muß sich insbesondere von jeder Sortenbezeichnung unterscheiden, die im Hoheitsgebiet eines UPOV-Mitglieds eine bereits vorhandene Sorte derselben Pflanzenart oder einer verwandten Art kennzeichnet, bereits für einen anderen Züchter eingetragen wurde oder von einem Dritten im Zusammenhang mit dem Verkauf oder Feilhalten einer bestimmten Sorte vor dem Antragstag oder dem Prioritätstag eines Antrags auf Erteilung eines Sortenschutzzertifikats benutzt wird. Wenn zwei (2) oder mehrere Züchter/Antragsteller die Eintragung derselben Bezeichnung beantragen, ist der Züchter/Antragsteller mit dem früheren Antragstag oder Prioritätstag berechtigt, dieselbe unter Ausschluß des anderen Züchters/Antragstellers (3) eintragen zu lassen. Im Falle von sich widersprechenden Sortenbezeichnungen auf den Philippinen oder in anderen UPOV-Mitgliedern sollte diejenige mit dem früheren Veröffentlichungstag beibehalten werden.“

42. Die empfohlene Änderung des letzten Satzes des Abschnitts 10 des Gesetzes beruht auf der Erläuterung 4 c) des Dokuments UPOV/INF/12/1 „Erläuterungen zu Sortenbezeichnungen nach dem UPOV-Übereinkommen“.

43. Die Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 4 der Akte von 1991 über „ältere Rechte Dritter“ sind im Gesetz nicht enthalten. Die Aufnahme dieser Bestimmungen ist erforderlich, um Artikel 20 der Akte von 1991 zu erfüllen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

44. Abschnitt 61 des Gesetzes sieht die Gründe für die Nichtigkeit des Züchterrechts vor.

45. Abschnitt 61 a) des Gesetzes weicht von den Gründen für die Nichtigkeit nach Artikel 21 Absatz 1 Nummern i und ii der Akte von 1991 ab. Der Hinweis „falls der Erteilung des Züchterrechts im wesentlichen die vom Züchter gegebenen Auskünfte und eingereichten Unterlagen zugrunde gelegt wurden“ ist für den Grund für die Nichtigkeit bezüglich der Homogenitäts- und der Beständigkeitsvoraussetzung von Belang. Es wird empfohlen, der Vertragsterminologie zu folgen und Abschnitt 61 a) zu ändern, um die Gründe für die Nichtigkeit nach Artikel 21 Absatz 1 Nummern i und ii der Akte von 1991 zu erfüllen.

46. Abschnitt 61 b) des Gesetzes enthält den Grund für die Nichtigkeit des Züchterrechts nach Artikel 21 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

47. Die Abschnitte 62 und 34 des Gesetzes enthalten die Gründe für die Aufhebung gemäß Artikel 22 der Akte von 1991.

48. Der zweite Teil des Abschnitts 62 b) des Gesetzes sieht vor, daß das Züchterrecht aufgehoben wird, wenn „[d]er ([d]ie) Züchter(in) [...] in seinem oder ihrem Antrag falsche Auskünfte erteilt;“. Diese Bestimmung scheint einen zusätzlichen Grund für die Aufhebung einzuführen, was in Widerspruch zu Artikel 22 Absatz 2 der Akte von 1991 steht. Es wird empfohlen, sie zu streichen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

49. In bezug auf Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991 enthalten die Abschnitte 47 bis 56 des Gesetzes Bestimmungen über die Durchsetzung der Züchterrechte. Der letzte Satz des Abschnitts 47 des Gesetzes sieht vor, daß der Inhaber „auch alle Rechtsmittel nutzen kann, die in einem Verfahren im Zusammenhang mit der Verletzung anderer Eigentumsrechte zur Verfügung stehen“.

50. Es wird empfohlen, das Wort „generativ“ aus Abschnitt 47 c) des Gesetzes zu streichen. Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a Nummer i der Akte von 1991 und Abschnitt 36 a) des Gesetzes beziehen sich auf die Handlung der „Erzeugung oder Vermehrung“, ohne zwischen generativer und vegetativer Erzeugung oder Vermehrung der Sorte zu unterscheiden.

51. Es wird empfohlen, die Bestimmungen in Abschnitt 47 e) und f) des Gesetzes klarzustellen, die zum besseren Verständnis nachstehend wiedergegeben sind:

„e) Saatgut, das mit ‚unerlaubte Vermehrung untersagt‘ oder ‚unerlaubte Saatgutvermehrung untersagt‘ gekennzeichnet wurde, oder dessen Nachkommenschaft zur Vermehrung der neuen Sorte verwendet;

f) die neue Sorte an andere in einer Form abgibt, die vermehrt werden kann, ohne mitzuteilen, daß es sich um eine geschützte Sorte handelt, unter der sie abgegeben wurde;“

52. Abschnitt 47 e) des Gesetzes könnte gestrichen werden, weil die Handlung der Verwendung von Saatgut für die Vermehrung der Sorte, selbst wenn keine Kennzeichnung „unerlaubte Vermehrung untersagt“ vorhanden ist, ebenfalls eine Verletzung des Züchterrechts bedeuten würde. Diese Verletzungshandlung wird bereits von Abschnitt 47 c) des Gesetzes erfaßt, nachdem das Wort „generativ“ aus diesem Abschnitt gestrichen wurde.

53. Die Formulierung in Abschnitt 47 f) des Gesetzes zur Ermittlung dessen, „was eine Verletzung ist“, sollte nicht vom Inhalt des Züchterrechts im Zusammenhang mit den Handlungen abweichen, die der Zustimmung des Züchters in den Abschnitten 36 bis 41 des Gesetzes (Artikel 14 Absätze 1, 2 und 5 der Akte von 1991) bedürfen. Zudem wird auf die Begriffe „ohne mitzuteilen, daß es sich um eine geschützte Sorte handelt“ in Abschnitt 47 f) des Gesetzes aufmerksam gemacht. Das Fehlen einer derartigen Mitteilung bedeutet nicht automatisch, daß das Züchterrecht nicht verletzt wurde. Nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 treffen die Verbandsmitglieder Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Öffentlichkeit über die Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten unterrichtet wird.

54. Der erste Teil des Abschnitts 47 h) des Gesetzes wird bereits von Abschnitt 47 a) und b) sowie von Abschnitt 47 c) des Gesetzes erfaßt, nachdem das Wort „generativ“ aus Abschnitt 47 c) gestrichen wurde. Es sollte klargestellt werden, was unter „außer aufgrund eines gültigen philippinischen Pflanzenpatents“ am Schluß des Abschnitts 47 h) des Gesetzes zu verstehen ist.

55. In Abschnitt 47 des Gesetzes fehlt der Hinweis auf „Aufbereitung für Vermehrungszwecke“. Eine derartige Handlung, die ohne Zustimmung des Züchters vorgenommen wird, würde eine Verletzung des Züchterrechts bedeuten (Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a Nummer ii der Akte von 1991 und Abschnitt 36 b) des Gesetzes).

56. In bezug auf Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 sieht Abschnitt 74 a) des Gesetzes vor, daß das Register „die betreffenden Zertifikate im Auftrag des Ausschusses ausstellt und unterzeichnet“. Das Gesetz ist mit Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 vereinbar.

57. Die Abschnitte 30 und 32 des Gesetzes sehen die Veröffentlichung der Anträge auf Erteilung von Sortenschutzsertifikaten bzw. der Sortenschutzsertifikate vor. Abschnitt 73 des Gesetzes bezieht sich für alle Anforderungen des Gesetzes bezüglich der Veröffentlichung auf das Sortenblatt. Wie von Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 vorgeschrieben, sollte das Sortenblatt entsprechende Informationen über die Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen enthalten. Unter Berücksichtigung dessen erfüllt das Gesetz die Anforderungen des Artikels 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

Sonstige Bemerkungen

58. Abschnitt 71 des Gesetzes errichtet einen „Gen-Treuhandfonds“, dessen Zweck im Gesetz nicht klar festgelegt ist, der sich jedoch auf die Erhaltung genetischer Ressourcen zu beziehen scheint:

„Gen-Treuhandfonds. – Nach diesem Gesetz wird ein unabhängiger, getrennter Treuhandfonds errichtet, der vom Ausschuß zugunsten gutgläubiger Organisationen oder Institutionen, die eine zugelassene Genbank verwalten und betreiben, *verwaltet wird*. Für Zwecke des Gen-Treuhandfonds wird ein vom Ausschuß festzusetzender Betrag, der jedoch 20 % der Gebühren und Abgaben nicht übersteigen soll, verwendet. Der Treuhandfonds kann auch Spenden nationaler und internationaler Institutionen und sonstiger Organisationen sowie von Einzelpersonen, die an der *Förderung der genetischen Erhaltung* interessiert sind, entgegennehmen.“ (verstärkte Betonung)

59. Da die Maßnahmen zur Erhaltung genetischer Ressourcen andere Ziele verfolgen und eine andere Verwaltungsstruktur erfordern als die Rechtsvorschriften über die Erteilung der Züchterrechte, wäre es angebracht, diese Maßnahmen in eine andere Rechtsvorschrift aufzunehmen, obwohl diese Rechtsvorschriften vereinbar sein und sich gegenseitig unterstützen sollten.

Allgemeine Schlußfolgerung

60. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält das Gesetz den Großteil der Bestimmungen der Akte von 1991, bedarf jedoch noch einiger Klarstellungen und Änderungen, wie in diesem Dokument dargelegt, um den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie von deren Artikel 30 Absatz 2 vorgesehen.

61. *Der Rat wird ersucht,*

a) die in diesem Dokument erteilten Informationen zur Kenntnis zu nehmen;

b) die Regierung der Philippinen zu unterrichten, daß das Gesetz den Großteil der Bestimmungen der Akte von 1991 enthält, jedoch noch einiger Klarstellungen und Änderungen bedarf, wie in diesem Dokument dargelegt, um mit der Akte von 1991 vereinbar zu sein. Nach der Aufnahme der obigen Klarstellungen und Änderungen in das Gesetz wird die Regierung der Philippinen ersucht, um Prüfung des geänderten Gesetzes nachzusehen, wie in Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 vorgesehen;

c) das Verbandsbüro zu ersuchen, die Regierung der Philippinen bei der Abfassung der erforderlichen Klarstellungen und Änderungen des Gesetzes zu unterstützen;

d) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung der Philippinen von dieser Entscheidung zu unterrichten.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

Republik der Philippinen
Landwirtschaftsministerium
SORTENSCHUTZAMT

2. November 2006

Herrn
Dr. Kamil Idris
Generalsekretär
Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
34, chemin des Colombettes
CH-1211 Genf 20

Sehr geehrter Herr Dr. Idris,

hiermit beehre ich mich, Sie davon zu unterrichten, daß die Versammlung des Senats und des Repräsentantenhauses am 7. Juni 2002 das Gesetz der Republik Nr. 9168 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen verabschiedet haben, das einen nationalen Sortenschutzausschuß errichtet und sonstige Zwecke regelt. Dieses Gesetz ist auch bekannt als Sortenschutzgesetz der Philippinen von 2002.

Die Philippinen beabsichtigen, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV-Übereinkommen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 – UPOV-Übereinkommen) beizutreten.

Im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens wäre ich Ihnen dankbar, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit des Gesetzes der Philippinen mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen könnte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Lealyn A. Ramos
Amtierende Registerführerin

Anlagen: Abschriften des Gesetzes der Republik Nr. 7308
und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen

[Anlage II folgt]

ANNEX II / ANNEXE II / ANLAGE II / ANEXO II

[In English only / En anglais seulement /
Nur auf Englisch / En Inglés solamente]

REPUBLIC OF THE PHILIPPINES
CONGRESS OF THE PHILIPPINES
METRO MANILA

Twelfth Congress

First Regular Session

Begun and held in Metro Manila on Monday, the twenty-third of July, two thousand one.

[REPUBLIC ACT NO. 9168]

**AN ACT TO PROVIDE PROTECTION TO NEW VARIETIES,
ESTABLISHING A NATIONAL PLANT VARIETY PROTECTION BOARD AND FOR
OTHER PURPOSES**

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the Philippines in Congress assembled:

TITLE 1

PRELIMINARY TITLE

SECTION 1. Short Title. – This act shall be known and cited as the “Philippine Plant Variety Protection Act of 2002”.

SECTION 2. Statement of Policies. –

- a) the State recognizes that an effective intellectual property system in general and the development of new plant variety in particular is vital in attaining food security for the country. To this end, it shall protect and secure the exclusive rights of breeders with respect to their new plant variety particularly when beneficial to the people for such periods as provided for in this Act.
- b) The use of intellectual property bears a socioeconomic function. To this end, the State promote the diffusion of technology and information for the promotion of national development and progress for the common good.
- c) The State recognizes the indispensable role of the private sector, encourages the participation of private enterprises and provides incentives to needed investments in the development of new plant varieties.

- d) The State recognizes that science and technology are essential for national development and promotes the adaptation of technology and knowledge from all sources for the national benefit. The State also recognizes the need to protect and secure the exclusive rights of scientists and other gifted citizens to their intellectual property and creations.
- e) The State, while recognizing intellectual property rights in the field of agriculture, does so in a manner supportive of and not inconsistent with its obligations to maintain a healthful ecology in accord with the rhythm and harmony of nature.

TITLE II

DEFINITION

SECTION 3. Definition. –

- a) “Applicant” means the breeder who applies for the grant of a Certificate of Plant variety Protection.
- b) “Board” means the National Plant Variety Protection created by this Act. It shall also refer to the National Seed Industry Council during the transition period from the effectivity of this Act up to the time the said Board has been organized and operating.
- c) “Breeder” means:
 - 1. The person who bred, or discovered and developed a new plant variety; or
 - 2. The person who is the employer of the aforementioned person or who has commissioned the work; or
 - 3. The successors-in-interest of the foregoing persons as the case may be; or
 - 4. The holder of the Certificate of Plant Variety Protection.
- d) “Certificate of Plant Variety Protection” means the document issued by the Board pursuant to this Act for the protection of a new plant variety.
- e) “Commission” means the engage the services of a person to develop new plant varieties in exchange for monetary or any material consideration.
- f) “Harvested material” means any part of a plant with potential economic value or any product made directly therefrom in proper cases.
- g) “Holder” means a person who has been granted a Certificate of Plant Variety Protection or his successors-in-interest.
- h) “Person” includes natural persons and juridical persons.
- i) “Plant” includes terrestrial and aquatic flora.
- j) “Plant Variety Protection (PVO)” means the rights of breeders over their new plant variety as defined in this Act.
- k) “Propagating material” means any part of the plant that can be used to reproduce the protected variety.
- l) “Regulations” means the rules and regulations promulgated by the Board for the purpose of implementing the provisions of this Act.
- m) “Variety” means a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, that without regard to whether the conditions for plant variety protection are fully met, can be defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes, distinguished from any other plant groupings by the expression of at least one (1) characteristic, and considered as a unit with regard to the suitability for being propagated unchanged. A variety may be represented by seed, transplants, plants, tubers, tissue culture plantlets, and other forms.

TITLE III

CONDITIONS FOR THE GRANT OF THE PLANT VARIETY PROTECTION

SECTION 4. The Certificate of Plant Variety Protection shall be granted for varieties that are:

- a) New;
- b) Distinct;
- c) Uniform; and
- d) Stable.

SECTION 5. Newness. – A variety shall be deemed new if the propagating or harvested material of the variety has not been sold, offered for sale or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the variety;

- a) In the Philippines for more than one (1) year before the date of filing of an application for Plant Variety Protection; or
- b) In other countries or territories in which the application has been filed, for more than four (4) years or, in the case of vines or trees, more than six (6) years before the date of filing of an application for Plant variety Protection.

However, the requirement of novelty provided for this Act shall not apply to varieties sold, offered for sale or disposed of to others for a period of five (5) years before the approval of this Act; Provided, That application for PVP shall be filed within one (1) year from the approval of this Act.

SECTION 6. Distinctness. – A variety shall be deemed distinct if it is clearly distinguishable from any commonly known variety. The filing of an application for the granting of a plant variety protection or for the entering of a new variety in an official register of variety in the Philippines or in any country, shall render the said variety a matter of public knowledge from the date of the said application. Provided, That the application leads to the granting of Certificate of Plant Variety Protection or the entering of the said other variety in the official register of variety as the case may be.

SECTION 7. Uniformity. – The variety shall be deemed uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficient uniform in its relevant characteristics.

SECTION 8. Stability. – The variety shall be deemed stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.

TITLE IV

VARIETY DENOMINATION

SECTION 9. Variety Denomination. – The variety shall be designated by a denomination which shall be its generic description. In particular, it must be different from any denomination that designates an existing variety of the same plant species or closely related species.

SECTION 10. Right of Priority Over Denomination. – The use of a denomination shall not be granted to a breeder if such denomination has already been registered to another breeder or is being used by a third party in relation to the sale or offering for sale of a particular variety prior to

the filing date or priority date of an application for a Certificate of Plant variety protection. In case two (2) or more breeders/applicants apply for the registration of the same denomination, the breeder/applicant who has the earliest filing date or priority date shall have the right to register the same to the exclusion of the other applicant/breeder (3).

SECTION 11. Figures as Denomination. – The denomination must enable the variety to be identified. It may not consist solely of figures except when it is an established practice for designating such a variety.

SECTION 12. Misleading Denomination. – No denomination shall be accepted if it is liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristic value or identity of the variety or identity of the breeder.

SECTION 13. Refusal of Denomination. – If the denomination does not satisfy these requirements, its registration shall be refused and the breeder shall be required to propose another denomination within a prescribed period. The denomination shall be registered together with the grant of the breeder's right.

SECTION 14. Denomination Used in an Application Previously Filed Abroad. – An application filed in this country, the subject matter of which is the same as that of an application previously filed abroad, shall use the same denomination as the latter. However, if such denomination does not conform to the provisions of this Title, the applicant/breeder shall be required to submit a new denomination.

SECTION 15. Obligation to Use Denomination. – Any person, who offers for sale or markets in the Philippines, Propagating material of a variety protected, shall be obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right therefore except when the rule of prior rights apply.

SECTION 16. Use of Marks. – When a protected variety is offered for sale or marketed, it may be associated with a trademark, trade name or other similar indication with a registered denomination. If such an indication is so associated, the denomination must nevertheless be easily recognizable.

TITLE V

APPLICATIONS TO A PLANT VARIETY PROTECTION

SECTION 17. Entitlement. – Any breeder, with respect to the variety developed, may apply for a plant variety protection and obtain a Certificate of Plant variety Protection upon compliance with the requirements of this Act.

SECTION 18. Co-ownership of the Right. – If two (2) or more persons contribute to the development of a new plant variety, all of them shall be named in the Certificate of Plant Variety Protection and shall be entitled to such rights as agreed upon in writing or in the absence thereof, the rights in proportion to their contribution in the development of plant variety.

SECTION 19. Employee-Employer Relationship. – In case an employee develops a plant variety in the course of his employment as a result of the performance of his regular duty, the plant variety protection shall belong to the employer, unless there is a written stipulation to the contrary.

SECTION 20. First to File Rule. – If two (2) or more persons develop a new plant variety separately and independently of each other, the Certificate of Plant Variety Protection shall belong to the person who files the application first. In case two (2) or more persons file an application for the same plant variety, the right shall be granted to the person who has the earliest filing date or priority date.

SECTION 21. Priority Date. – Any application for a Certificate of Plant Variety Protection previously filed by a breeder in another country, which by treaty, convention or law affords similar privileges to Filipino citizens, shall be considered as filed locally as of the date of filing of the foreign application: Provided, That:

- a) The local application expressly claims priority;
- b) It is filed within twelve (12) months from the filing date of the earliest foreign application; and
- c) The application submits, within six (6) months from the filing of the local application, authenticated copies of documents which constitute the foreign application, samples or other evidence showing that the variety which is being applied for protection is the same variety which has been applied for protection in a foreign country.

SECTION 22. Foreign Nationals. – For purposes of this Act, a person shall be considered a national of a foreign country if he is a citizen of such country according to its laws, a natural person residing therein, or is a legal entity whose office is registered in such foreign country.

SECTION 23. National Treatment. – Any application filed locally for a Certificate of Plant variety Protection previously granted to a breeder in another country, which by treaty, convention or law affords similar privileges to Filipino citizens, shall be issued a Certificate of Plant Variety Protection upon payment of dues and compliance to all the provisions of this Act. This Act shall also apply to the nationals of foreign countries that are members of intergovernmental organizations or party to any multilateral agreement or convention concerning the granting of intellectual property protection of plant varieties.

TITLE VI

EXAMINATION OF THE APPLICATION AND ISSUANCE OF PVP CERTIFICATE

SECTION 24. Contents of the Application. – An application for a Certificate of Plant Variety Protection shall be filed in the manner and on the conditions prescribed in the regulations, and shall include:

- a) Name of the applicant/breeder;
- b) Address of the applicant/breeder in the Philippines;
- c) Name of resident agent and address in the Philippines;
- d) The description of the variety and particulars of the variety bred, including particulars of its characteristics;
- e) The variety denomination;
- f) Samples of propagating materials, which are the subject of the application; and
- g) Any other particular required by the regulations.

SECTION 25. Right of the Applicant to File the Application. – If the applicant is not the actual breeder, he shall indicate in his application the basis for his right to file the application.

SECTION 26. Contents of the Description and Order of Presentation. – The Board shall issue rules and regulations stipulating the contents of the description and the order of presentation.

SECTION 27. Other Information Required. – The applicant shall be required by the Board to furnish information regarding any application filed by him in other countries including all pertinent documents relating thereto. If the applicant has successfully claimed priority according to this Act, he shall be given a period of two (2) years from the priority date to comply with the requirements of this Section.

SECTION 28. Manner of Conducting Tests. – The Board may carry out the necessary tests, cause the conduct of tests, or consider the results of other tests or trials that have already been done. For this purpose, the Board shall require the applicant to furnish all the necessary information, documents or materials within a period of time prescribed in the regulations.

SECTION 29. Filing Date. – For purposes of according a filing date, the Board shall consider, as a minimum requirement, all of the above enumerated items in Section 24 hereof.

SECTION 30. Publication of the Application. – After the Board has accorded a filing date, the application shall be published within sixty (60) days at the expense of the applicant in the Plant variety Gazette hereunder described in Section 72.

Prior to such publication, the application and all related documents shall not be made available to the public without the written consent of the applicant.

After the publication of the application, any person may inspect the application documents in a manner to be prescribed by the Board.

SECTION 31. Opposition to the Grant of Plant Variety Protection. – Any person who believes that the applicant is not entitled to the grant of the Certificate of Plant Variety Protection may file an opposition thereto within the period prescribed by the Board from the date of its publication and before the issuance of the Certificate of Plant variety Protection.

Opposition to the application may be made on the following grounds:

- a) that the person opposing the application is entitled to the breeder's right as against the applicant;
- b) that the variety is not registrable under this Act.

If the opposition is based on the conditions of Plant Variety Protection, such opposition shall be considered together with the examination of the application.

SECTION 32. Issuance of the Certificate. – When the Board has tested and examined the variety, and/or considered the supporting materials and literature pertinent thereto, it shall issue a Certificate of Plant variety Protection. A notice of such issuance shall be published in the manner to be prescribed in the regulations at the expense of the holder.

SECTION 33. Term of Protection. – For trees and vines, the period of protection shall be twenty-five (25) years from the date of the grant of the Certificate of Plant variety Protection and twenty (20) years from the said date for all other types of plants, unless declared void ab initio or cancelled otherwise, as provided under Section 61 and 62, respectively of this Act.

SECTION 34. Annual Fees. – To maintain the validity of the Certificate of Plant Variety Protection, the holder shall pay an annual fee to be prescribed by the Board. Annual fees shall

be paid starting from the fourth anniversary of the issuance of the certificate and every year thereafter within the first three (3) months of said years. The holder has the option to pay in advance this annual fee for a maximum of twenty (20) years.

The Certificate of Plant Variety Protection shall expire and cease to have force and effect upon the holder's failure to pay the annual fees within the prescribed period. A notice of such cancellation shall be published in the Plant Variety Gazette one (1) year after the term of protection has expired. Before such publication, any holder who fails to pay the annual fees may request for a reinstatement of his certificate. Provided, That he settles his unpaid accounts including surcharges to be determined by the Board.

SECTION 35. Notice of Rejection. – Whenever an application is rejected, the Board shall immediately inform the applicant on the grounds therefore, and when applicable, identify and provide the documents used as the basis for rejection.

- a) Reconsideration – Within two (2) months from the receipt of the rejection notice, the applicant may amend his application or traverse the finding of the Board. The Board, in turn, may reverse its initial finding or issue a final rejection within the same period.
- b) Appeal from the Notice of Rejection – The decision of the Board is final except for anomalous circumstances involving the Board in which case the applicant may appeal it to the proper court.

TITLE VII

RIGHTS OF HOLDERS

SECTION 36. Rights of Holders of Plant Variety Protection. – In respect of the propagating materials, holders of a Certificate of Plant Variety Protection shall have the right to authorized any of the following acts:

- a) Production or reproduction;
- b) Conditioning for the purpose of propagation;
- c) Offering for sale;
- d) Selling or other marketing;
- e) Exporting;
- f) Importing;
- g) Stocking for any purpose mentioned above.

SECTION 37. The holder may make his authorization subject to conditions and limitations.

SECTION 38. Acts in Respect of Harvested Materials. – Except for Section 43 and 44 of this Title, the rights in the two (2) preceding sections shall also extend to the harvested materials which may be the entire plant or its other parts, if the production thereof resulted directly from the unauthorized use of the plant's propagating materials that are covered by this Act, unless the holder has had the reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said propagating materials.

SECTION 39. Coverage of Protection. – The rights of holder under Section 36 and 38 of this Act shall also apply in relation to:

- a) Varieties which are essentially derived from the protected variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety;
- b) Varieties which are not clearly distinct from the protected variety; and

- c) Varieties whose production requires the repeated use of the protected variety.

SECTION 40. Essentially Derived Varieties. – For the purpose of paragraph 39(a), a variety shall be deemed to be essentially derived from the initial variety when:

- a) It is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety;
- b) It is clearly distinguished from the initial variety; and
- c) Except for the differences which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.

SECTION 41. Manner of Developing Essentially Derived Varieties. – It shall also be understood that essentially derived varieties may be obtained through processes which may include, but not limited to, the selection of a natural or induced mutant, or of a somoclonal variant, the selection of a variant individual from plants of initial variety, backcrossing or transformation by genetic engineering. Genetic engineering shall be understood as the introduction of genes by laboratory techniques.

SECTION 42. Provisional Protection. – An application for a Certificate of Plant Variety Protection shall be entitled to equitable remuneration from any person who, during the period between the publication of the application for the certificate and the grant of the certificate, has carried out acts which, once the certificate is granted, require the holder's authorization as conferred in this Act: Provided, That the applicant shall initiate the legal action against the alleged infringer within two (2) years from the date of the granting of his Certificate of Plant Variety Protection.

SECTION 43. Exceptions to Plant Variety Protection. – The Certificate of Plant Variety Protection shall not extend to:

- a) Acts done for noncommercial purposes;
- b) Acts done for experimental purposes;
- c) Acts done for the purpose of breeding other varieties, except when Section 39 and 40 apply; and
- d) The traditional right of small farmers to save, use, exchange, share or sell their farm produce of a variety protected under this Act, except when a sale is for the purpose of reproduction under a commercial marketing agreement. The Board shall determine the condition under which this exception shall apply, taking into consideration the nature of the plant cultivated, grown or sown. This provision shall also extend to the exchange and sell of seeds among and between said small farmers: Provided, That the small farmers may exchange or sell seeds for reproduction and replanting in their own land.

SECTION 44. Exhaustion of Plant Variety Protection. – The Certificate of Plant Variety Protection shall not extend to acts concerning any material of the protected variety, or a variety covered by the provisions of Section 39 and 40 hereof, which has been sold or otherwise marketed by the breeder or with his consent in the Philippines, or any material derived from the said material, unless it:

- a) Involves further propagation of the variety in question; or
- b) Involves the export of the variety, which enables the propagation of the variety, into a country that does not protect the variety of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

SECTION 45. Right of Attribution. – No Certificate of Plant variety Protection shall be issued without naming the breeder(s) unless this right is protested in writing within one (1) year.

SECTION 46. Succession Transmission. – The Certificate of Plant Variety Protection shall be considered as a property right and the transmission thereof shall be governed by the law on Property.

TITLE VIII

INFRINGEMENT

SECTION 47. What Constitutes Infringement. – Except as otherwise provided in this Act, any person who without being entitled to do so, performs the following acts:

- a) Sell the novel variety, or offer it or expose it for sale, deliver it, ship it, consign it, exchange it, or solicit an offer to buy it, or any other transfer of title or possession of it;
- b) Import the novel variety into, or export it from, the Philippines; or
- c) Sexually multiply the novel variety as a step in marketing (for growing purposes) the variety; or
- d) Use the novel variety in producing (as distinguished from developing) a hybrid or different variety therefrom; or
- e) Use seed which had been marked “unauthorized propagation prohibited” or “unauthorized seed multiplication prohibited” or progeny thereof to propagate the novel variety; or
- f) Dispense the novel variety to another, in a form which can be propagated, without notice as to being a protected variety under which it was received; or
- g) Fails to use a variety denomination the use of which is obligatory under Section 15; or
- h) Perform any of the foregoing acts even in instances in which the novel variety is multiplied other than sexually, except in pursuance of a valid Philippine plant patent; or
- i) Instigate or actively induce performance of any foregoing acts,

May be sued by the holder, who may also avail of all relief as are available in any proceeding involving infringements of other proprietary rights.

SECTION 48. Where to Commence Action. – Any holder may petition the proper regional trial court for infringement of his plant variety protection as defined in this Act.

SECTION 49. Presumption of Validity. – Certificates of Plant Variety Protection shall be presumed valid and the burden of proof of their invalidity shall rest on the party assailing them.

SECTION 50. Defenses Against Infringement Charges. – The following shall be valid defenses against infringement charges:

- a) Non-infringement;
- b) The plant variety does not possess at the time of its application criterion of novelty or distinctness;
- c) The alleged infringement was performed under a right adverse to it, prior to the notice of infringement; and/or
- d) Other defenses that are made available under this Act.

SECTION 51. Notice. – No damages shall be awarded unless there is actual or constructive notice made upon the alleged infringer.

SECTION 52. Damages. – The court may award actual, moral, exemplary damages and attorney's fees according to a proven amount including a reasonable royalty for the use of the protected variety.

SECTION 53. Injunction. – The court may also enjoin the infringer(s) from further performing any act of infringement on the rights of the holder(s) as defined in this Act.

SECTION 54. Court to Order Confiscating of Infringing Materials. – Upon petition by the complainant, the court may order the confiscation of infringing materials, and:

- a) Cause their distribution to charitable organization;
- b) Cause the sale and provide the proceeds thereof to research organizations; or
- c) Cause the return to the petitioner for further scientific use.

SECTION 55. Prescription. – No recovery of damages for any infringement case shall prosper when the cause of action has reached more than six (6) years from the time the alleged infringement case was committed.

SECTION 56. Criminal penalty. – Any person who violates any of the rights of the holder provided for in this Act may also suffer the penalty of imprisonment of not less than three (3) years but not more than six (6) years and/or a fine of up to three (3) times the profit derived by virtue of the infringement but in no case should be less than One Hundred Thousand pesos (P100,000.00).

TITLE IX

COMPULSORY LICENSE

SECTION 57. Grounds for the Grant of Compulsory Licensing. – Any interested person may file a petition for compulsory license with the Board at any time after two (2) years from the grant of the Certificate of Plant variety protection under this Act when it is for the public interest to grant such compulsory license, and:

- b) The reasonable requirements of the public for any part of the variety are not met; or
- c) There is an overseas market for the sale of any part of the variety and the same are not met by the holder; or
- d) The plant variety developed relates to or required in the production of medicine and/or any food preparation.

SECTION 58. Scope of Compulsory License. – The Board, upon petition by any interested party and upon proof of any of the foregoing grounds, may issue a decision;

- a) Allowing the petitioner to produce in commercial quantity and distribute the variety protected or any part thereof; or
- b) Requiring the holder to ensure the availability of the propagating materials of the variety protected; or
- c) Requiring the petitioner to pay the holder with license fees in the form of reasonable royalties; and
- d) Other such additional remedies as the Board may determine to be consistent with appropriate circumstances.

SECTION 59. Duration of the License. – A compulsory license shall be effective until the ground(s) for its issuance has been terminated as determined by the Board motu proprio or upon petition by party or parties and solution by the Board.

SECTION 60. Procedure for Grant. – The Board shall provide in the rules and regulations the manner and procedure for granting compulsory licenses.

TITLE X

CANCELLATION AND NULLITY OF PLANT VARIETY PROTECTION

SECTION 61. Grounds for Nullity. – The Certificate of Plant variety protection be declared void ab initio on any of the following grounds:

- a) The grant of the Certificate of Plant variety Protection was essentially based upon information and documents furnished by the applicant, wherein the conditions of distinctness, uniformity, stability, and newness were not complied with at the time of the grant of the certificate; or
- b) The Certificate of Plant Variety Protection was granted to a person who is not entitled to it, unless it is transferred to the person who is so entitled.

The effect of the declaration of nullity is that as if the Certificate of Plant Variety Protection was not issued.

SECTION 62. Grounds for Cancellation. – The Plant Variety Protection shall be cancelled on any of the following grounds:

- a) The breeder does not provide the required information, documents, or materials necessary for verifying the maintenance of the variety; or
- b) The breeder fails to pay the required fees to keep his or her rights in force or provides false information in his or her application; or
- c) The breeder does not propose, within the time/period provided under the regulations. Another suitable denomination if the denomination of the variety is cancelled after the grant of the Certificate of Plant Variety Protection; or
- d) The conditions of uniformity and stability could not be maintained although these were present at the time of the issuance of the Certificate of Plant Variety Protection; or
- e) The breeder entitled to the Certificate of Plant Variety Protection or the holder has relinquished his/her rights through a declaration in a public instrument filed with the registrar.

SECTION 63. Venue. – Any petition to cancel a Certificate of Plant variety protection shall originally be under the jurisdiction of the Board. Decisions of the Board may be appealable with the Court of Appeals within fifteen (15) days from the date of notice of the Board's final decision.

SECTION 64. Prescription. – The right to cancel a Certificate of Plant variety Protection shall be instituted at any time within the term of protection of such right.

SECTION 65. Publication. – A notice of the filing of a petition to cancel a Certificate of Plant variety Protection and the final order/decision on the same shall be published in the Plant variety Gazette at the expense of the petitioner.

TITLE XI

INSTITUTION

SECTION 66. National Plant Variety Protection Board. – There is hereby created a National Plant Variety Protection Board which shall be composed of the following or their duly designated representatives:

- a) The Secretary of the Department of Agriculture, as chairman;
- b) The Secretary of the Department of Science and Technology, as co-chairman;
- c) The Director-General of the Intellectual Property Office, as vice chairman;
- d) The Director of the Bureau of Plant Industry;
- e) The Director of the Institute of Plant Breeding of the University of the Philippines Los Baños;
- f) The President of the Philippine Seed Industry Association;
- g) A representative from a federation of small farmers' organizations to be nominated by the Secretary of Agriculture;
- h) A representative from the scientific community to be nominated by the National Academy of Science and Technology; and
- i) The Registrar (ex officio).

The members of the Board or their representatives must be Filipino citizens, have good moral character and should not have been convicted of a crime involving moral turpitude.

The Board shall perform the following functions:

- a) Promulgate policy guidelines for the effective implementation of the provisions of this Act;
- b) Have original and exclusive appellate jurisdiction over all acts of the Registrar;
- c) Have original jurisdiction over petitions for compulsory licensing, nullity and cancellation of the Certificates of Plant Variety Protection;
- d) Institutionalize database of existing plant varieties, collected from foreign and local databases, within one (1) year from the effectivity of this Act;
- e) Call on resource persons to provide inputs that will be relevant in the performance of the tasks of the Board;
- f) Organize the Registrar as it sees fit;
- g) Approve capital expenditure and contracts of experts; and
- h) Perform all other functions as may be required in the implementation of this Act.

SECTION 67. Rule and Regulations. – For the purpose of the preceding section, the Board with representatives from the Senate and House Committees on Agriculture, shall within six (6) months from the effectivity of this Act, prescribe rules and regulations necessary for the implementation of its functions, or reorganize and create units therefore under its control and supervision.

SECTION 68. Fees. – The Board shall prescribe a schedule of fees to be charged against any applicant/breeder in the course of the application for a Certificate of Plant Variety Protection or in the maintenance therefore.

SECTION 69. Coordination and Cooperation with Other Institutions. – For the purpose of verifying certain facts such as but not limited to the requirements of stability, distinctness and uniformity, the Board may enter into agreements with other governmental or non-governmental institutions both domestic and foreign under a set of conditions germane to its functions.

Further, the board shall also designate appropriate state colleges and universities, bona fide research institutions, or appropriate non-governmental research centers as testing centers for the distinctness, uniformity and stability of varieties.

SECTION 70. The PVP Fund. – There is hereby created a PVP Fund, hereinafter referred to as the fund, to be administered by the Board. All fees, fines and charges collected by the Board under this Act, shall be deposited in the fund. The Board is hereby authorized to use and disburse the fund without need of approval by any government agency, and subject only to existing accounting and auditing rules and regulations for purposes of defraying the cost of operations in the delivery of its services to the public.

SECTION 71. Gene Trust Fund. – There shall be an independent and separate trust fund established under this Act, to be administered by the Board, for the benefit of bona fide organizations or institutions managing and operating an accredited gene bank. An amount to be determined by the Board but not to exceed twenty percent (20%) of the fees and charges, shall be used for the purposes of the gene trust fund. The trust fund may also accept donations from national and international institutions and other organizations and individuals interested in strengthening genetic conservation.

SECTION 72. Farming Communities and Bona Fide Farmers' Organizations. – Farming communities and bona fide farmers' organizations are encouraged to build an inventory of locally-bred varieties as an option to protect these resources from misappropriation and unfair monopolization.

SECTION 73. Publication. – The Board shall maintain its own publication which shall be known as the Plant variety gazette for all the publication requirements of this Act and for other purposes which the Board may require. Copies shall be distributed to all concerned especially to the Members of the Senate and House Committees on Agriculture: Provided: That the Board shall distribute for free, and in the major dialect understood by the locality, copies of the Plant Variety Gazette to small farmer groups and indigenous communities.

SECTION 74. The Registrar. – There is hereby established a National Plant Variety Protection Registrar and an Associate Registrar under the control and supervision of the Board. The Registrar and the Associate Registrar shall be appointed by the President of the Philippines upon the recommendation of the Board and shall have a term of six (6) years. However, the Registrar who shall be first appointed shall serve for a term of seven (7) years.

The Registrar shall be a citizen of the Philippines with good moral character, proven track record in the field of plant science, and/or extensive executive experience and capability.

Functions of the Registrar. The Registrar shall have the following functions:

- a) Has original and exclusive jurisdiction to receive, process, examine all applications for Certificates of Plant variety Protection in accordance with this Act, and in meritorious cases, issue the said certificates and sign them in the name of the Board;
- b) Issue and maintain a systematic record of all Certificates of Plant Variety Protection and transactions related thereto;
- c) Implement the rules and regulations issued by the Board;
- d) Institutionalize, maintain and continuously update a database of existing plant varieties collected from foreign and local databases;
- e) Maintain a library of scientific and other works and periodicals, both foreign and local, to aid his examiners in the discharge of their duties;
- f) Maintain samples of the propagating materials of the protected variety; and
- g) Perform such other functions as may be prescribed by the Board.

TITLE XIII

MISCELLANEOUS AND FINAL PROVISIONS

SECTION 75. Relation with Other Laws. – The interpretation of the provisions of this Act shall not negate the effectivity and application of Republic Act No. 8371 otherwise known as the Indigenous People’s Rights Act, Republic Act No. 9147, otherwise known as The Wildlife Resources Conservation and protection Act, Presidential Decree No. 1151, otherwise known as the Philippine Environmental Policy and Executive Order No. 430 and Administrative Order No. 8, Series of 2002 of the Department of Agriculture of the rules and regulations for the importation and release to the environment of plant products derived from the use of biotechnology.

SECTION 76. Transitory Provisions. – The National Seed Industry Council, which was created by Republic Act No. 7308 or the National Seed Development Act, shall perform the functions of the Board until the latter has been fully organized, but not later than three (3) years from the effectivity of this Act. Within the same period, the Director of the Bureau of Plant Industry shall be the Acting Registrar and the Assistant Director of the same Bureau shall act as the Associate Registrar.

SECTION 77. Appropriations. – The Secretary of the Department of Agriculture shall immediately include in its program and issue such rules and regulations to implement the provisions of this Act, the funding of which shall be included in the annual General Appropriations Act.

SECTION 78. Separability Clause. – If, for any reason, any provision of this Act is declared invalid or unconstitutional, the other parts not affected thereby shall continue to be in full force and effect.

SECTION 79. Repealing Clause. – All laws, decrees, executive orders, and rules and regulations, or parts thereof that are inconsistent with the provisions of this Act, are hereby repealed or modified accordingly.

SECTION 80. Effectivity. – This Act shall take effect thirty (30) days after its complete publication in a newspaper of general circulation.

Approved,

ORIGINAL SIGNED

JOSE DE VENECIA
Speaker of the House of Representatives

ORIGINAL SIGNED

FRANKLIN M. DRILON
President of the Senate

This Act, which is a consolidation of Senate Bill No. 1865 and House Bill No. 4518, was finally passed by the Senate and the House of Representatives on May 30, 2002 and May 29, 2002, respectively.

ORIGINAL SIGNED

ROBERTO P. NAZARENO
Secretary General

ORIGINAL SIGNED

OSCAR G. YABES
Secretary of the Senate

Approved: June 07, 2002

ORIGINAL SIGNED

GLORIA MACAPAGAL-ARROYO
President of the Philippines

[End of Annex II and of document/
Fin de l'annexe II et du document/
Ende der Anlage II und des Dokuments/
Fin del Anexo II y del documento]